

● Visumfreiheit nicht für russische Beamte, wie im März 2013 von der EU beschlossen, sondern für die russische Bevölkerung wäre ein wichtiger Schritt um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung als erstrebenswertes Gut zu bewerben und den Austausch zwischen der europäischen und russischen Gesellschaft zu befördern. Die Einflussmöglichkeiten Europas auf die offizielle russische Politik werden immer geringer. Daher ist es wichtig, diejenige zu unterstützen, die letztendlich über die Entwicklung Russlands entscheidet: Die russische Gesellschaft. Zumindest eine Liberalisierung der Visumsbestimmungen sollte als erster Schritt leicht umzusetzen sein.

Diese Agenda-Punkte spiegeln einen zweigleisigen Ansatz zum zukünftigen Umgang mit Russland wider: Der russischen Bevölkerung die Hand entgegenzustrecken, ohne die politischen Eliten mehr als unbedingt nötig zu unterstützen; gleichzeitig die Abhängigkeit von Russland reduzieren, aber einen Weg finden Differenzen auszu-

handeln, ohne dass es wieder zur völligen Eskalation führt. Nur so kann die EU in einem kompetitiven internationalen Umfeld sicher durch ein konfliktreiches Verhältnis mit Russland steuern. Dazu benötigt sie jedoch Führung, und deshalb spielt die Nachfolge von Catherine Ashton als Hohe(r) Vertreter(in) der EU für Außen- und Sicherheitspolitik eine wichtige Rolle.

In seiner Rede am 20. Juni in Berlin stellte der schwedische Außenminister Carl Bildt die These in den Raum, dass das Jahr 2014 ebenso der Beginn des 21. Jahrhunderts sein könnte, wie das Jahr 1914 der Beginn des 20. Jahrhunderts war. Mit Blick auf das europäisch-russische Verhältnis scheint sich das zu bestätigen. Längst vergessen geglaubte Diskurse über Annexion, Nationalismus und Propaganda haben wieder Einzug gehalten. Alle Hoffnungen sind zerstoßen, alle Erwartungen enttäuscht. Aber das Ende der Beziehungen, wie wir sie kennen, birgt auch die Chance für eine realistische neue Politik gegenüber Russland. In der Ukraine sind die Masken gefallen.



Liana Fix

ist Associate Fellow bei der DGAP und promoviert zur Rolle Deutschlands in den EU-Russland-Beziehungen. Zuvor arbeitete sie beim Auswärtigen Amt, beim Carnegie Centre Moskau und bei der Körber-Stiftung in Berlin.

fix@dgap.org

Galina Michaleva

Ist der Widerstand gebrochen?

Die russische Gesellschaft wurde schleichend entmündigt

Die offiziell verkündete »konservative Wende« in der russischen Politik macht deutlich, was für die Beobachter von außen durch die demokratische Rhetorik und die dokumentierte Partnerschaft Russlands mit dem Westen bisher verborgen blieb: Die Position Russlands in der Welt und die zunehmenden Konflikte, insbesondere nach der Verschärfung der Krise in der Ukraine

und erst recht nach der Katastrophe der Boeing 777 wurden als Vorwand für eine Reihe von innenpolitischen Veränderungen genutzt und haben zu tiefen Rissen in der Gesellschaft geführt. Hierbei ist zu beachten, dass sich die Sprache, die sowohl von den Medien als auch von der Führung des Landes für den inneren Gebrauch einerseits und für die Außenwelt anderer-

seits benutzt wird, stark unterscheidet.

Die Außenpolitik Russlands ist durch die Vorstellung geprägt, dass der Zerfall der Sowjetunion die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts war. Hieraus leiten sich die Maximen der Außenpolitik ab:

- Russland betrachtet den ganzen post-sowjetischen Raum als eigenen Einflussbereich und versucht hier eigene militärische Bündnisse (wie die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit/ODKB) und wirtschaftliche Bündnisse (wie die Eurasische Union) zu schließen.

- Die Territorien der ehemaligen Sowjetrepubliken wie die Krim sollen zurückgewonnen oder wenigstens kontrolliert werden. Es geht dabei auch um De Facto-Staaten wie Transnistrien, Südossetien oder Abchasien, aktuell stehen die »Republiken von Lugansk und Donetsk« in der östlichen Ukraine im Vordergrund.

- Zu diesem Zweck können internationale Verträge und sogar die UN-Charta verletzt werden, Verschlechterungen der diplomatischen Beziehungen und ökonomische Verluste werden in Kauf genommen.

- Die EU, die USA und die NATO werden nicht mehr als Partner sondern als Gegner oder sogar Feinde betrachtet.

- Russland brauche keine Verbündeten im Westen, die Sanktionen schaden diesem eher selbst.

Diese Positionen werden tagtäglich von den wichtigsten russischen Medien verbreitet. In deren Weltbild ist es der Westen, der den Maidan und die Machtübernahme durch die »faschistische Junta« in der Ukraine organisierte und bezahlte. Gerade diese Position, insbesondere nach der »Wiedervereinigung« mit der Krim, wird von beinahe allen politischen Kräften und einer großen Mehrheit der russischen Bevölkerung unterstützt. »Aber die Krim gehört jetzt uns« lautet zumeist die Antwort auf Kritik. Eine »erniedrigte Nation« kann jetzt wieder stolz auf einen Sieg sein. Alte Feindbilder sowie die »ruhmreiche« Zeit der

Sowjetunion werden wiederbelebt und neu verinnerlicht, nicht unter Zwang, sondern aus Überzeugung. Oppositionelle wie liberale Journalisten, demokratische Parteien und Gruppen, einige NGOs und die verbliebene kritisch gesinnte Bürgerschaft werden als »Verräter« und »Fünfte Kolonne« beschimpft. Während die Kluft zwischen Anhängern und Gegnern der Regierung immer tiefer wird, läuft parallel die Umstrukturierung in der politischen Elite und in der Gesellschaft.

Gibt es noch demokratische Institutionen in Russland? Eine klares »Nein« wäre falsch. Es gibt Wahlen auf der föderalen, regionalen und lokalen Ebene. Sogar die Gouverneurswahlen, die Putin 2004 suspendierte, wurden wieder eingeführt. Es gibt in Russland 76 registrierte Parteien, Tausende NGOs arbeiten dort. Nicht alle oppositionellen Zeitungen und Radiosender wurden geschlossen, das Internet wird nicht total kontrolliert.

Auch Demonstrationen sind noch möglich. Nur wenige Oppositionelle sitzen im Gefängnis oder stehen unter Hausarrest. Es gibt keine staatliche Zensur. Man kann über Systemkrise und Autokratie schreiben, von gemeinsamen europäischen Werten berichten. Aber überall sind größere und kleinere Verschiebungen zu erkennen, die ein hybrides System in ein autoritäres mit totalitären Zügen verwandeln. Die Institutionen sind zwar geblieben, aber zum Teil zu einer leeren Hülle verkommen. Dieser Veränderungsprozess läuft eigentlich schon seit dem Amtseintritt von Putin im Jahr 2000. Seit Beginn seiner formell dritten und faktisch vierten Amtszeit haben sie jedoch drastisch zugenommen.

Das Wahlsystem wurde so verändert, dass es für die oppositionellen Kräfte auch ohne Wahlfälschungen kaum Möglichkeiten gibt, zugelassen zu werden – geschweige denn zu gewinnen. So wurde etwa ein sogenanntes gemischtes Grabensystem für die Staatsduma eingeführt, bei dem eine

Das demokratische Residuum

Hälfte der Abgeordneten per Listenwahl ermittelt wird, die andere per Direktwahl. In den Regionalparlamenten besteht ein Verhältnis von 25 % zu 75 %. In Moskau und St. Petersburg hat man sogar vollständig auf Parteilisten verzichtet.

Ohne administrative Unterstützung und ohne Geld ein Mandat zu erringen ist kaum möglich. Bei den Gouverneurswahlen müssen die Kandidaten Unterschriften der Abgeordneten der Stadtparlamente sammeln, wo allerdings die Staatspartei »Einiges Russland« die absolute Mehrheit besitzt. So werden nur chancenlose Kandidaten zugelassen, die den Wahlen einen demokratischen Anschein geben. Um die unter Dimitrij Medvedev eingeführte Liberalisierung bei der Parteienregistrierung zu konterkarieren sind nur noch solche Parteien zugelassen, die bei Duma- oder Regionalwahlen über 3 % der Stimmen erhielten. Die anderen müssen Wählerunterschriften sammeln und scheitern dann letztlich doch noch bei der Überprüfung durch die Wahlkommission.

Die Wahlen zur Moskauer Duma sollen im September stattfinden. Kandidaten der im Parlament vertretenen Parteien und der europäisch orientierten sozial-liberalen Partei »Yabloko« wurden zugelassen. Bei 105 meist oppositionellen Kandidaten wurden die Unterstützerunterschriften nicht anerkannt. Nur die direkt oder indirekt von den Machthabern unterstützten »unabhängigen« Kandidaten wurden zugelassen.

Die Gesetze werden von der Staatsduma meist sehr schnell, nicht selten gleich in drei Lesungen angenommen. Ein großer Teil davon begrenzt die Bürger- und Menschenrechte, führt neue Straftatbestände ein oder unterstützt die Schritte des Präsidenten. Im Parlament sind neben »Einiges Russland« auch drei, angeblich »oppositionelle« Parteien vertreten: Die nationalistische Liberal-Demokratische Partei von Vladimir Shirinovskij, die kommunistische Partei von Gennadij Zjuganov und die sozialistische Partei »Gerechtes

Russland« von Sergej Mironov. Bei den wichtigsten Abstimmungen wie die über die Eingliederung der Krim, das Verbot der Adoption von Waisenkindern durch Ausländer, die Verschärfung von Forderungen an NGOs, der Regeln für Demonstrationen sowie der Internet-Kontrolle pflegen alle Parteien gleich abzustimmen. Die neuen Gesetze enthalten oft »Gummiparagrafen«, können also ganz unterschiedlich ausgelegt werden und öffnen so der Willkür Tür und Tor.

Seit ihrer Neuwahl Ende 2011 widmet die Duma viel Zeit der Bekämpfung der Opposition und von Homosexuellen sowie der Stärkung sogenannter »traditioneller russischer Werte«.

Die Gerichte folgen den Vorgaben der Exekutive, wie bei politischen Prozessen deutlich erkennbar ist. Im Wirtschaftsbereich sind sie für die großen Firmen zum Instrument bei feindlichen Übernahmen geworden. Vertreter der Exekutive und Legislative werden auch bei schweren Delikten freigesprochen (wie der ehemalige Verteidigungsminister Anatolij Serdjukov, der große Geldbeträge des Ministeriums beiseite schaffte), während »einfache« Leute auch bei kleinen Vergehen Gefängnisstrafen bekommen.

Die Landschaft der Parteien und politischen Gruppen ist unüberschaubar. Unter den seit 2012 neu registrierten Parteien dominieren kommunistische und nationalistische. Einige der Neugründungen haben lediglich den Zweck, den echten Parteien Stimmen abzunehmen. Gleichzeitig wurde eine Reihe von relativ einflussreichen Gruppen sowohl liberaler als auch linker Ausrichtung nicht registriert. Viele bekannte Oppositionelle unterschiedlicher Couleur wechselten nach der »Wiedervereinigung« mit der Krim zu den Befürwortern Putins. Stellvertretend für diese Gruppe sind der Schriftsteller und Führer der Nationalbolschewisten Eduard Limonov (der bei Demonstrationen bereits Dutzende Male verhaftet wurde) und des-

sen Anhänger, sowie die vom Oligarchen und Präsidentschaftskandidaten von 2012, Michal Prochorov, gegründete liberale Partei »Bürgerplattform«. Unter den Kritikern von Putin verbleiben lediglich Yabloko, die ebenfalls liberale Partei PARNAS sowie nichtregistrierte politische Gruppen und einzelne Bürgeraktivisten.

Es gab Prozesse gegen die Teilnehmer einer Demonstration am 6. Mai, den oppositionellen Kandidaten bei der Moskauer Bürgermeisterwahl, Alexej Navalny, gegen

Die Zivilgesellschaft – Opfer oder Handlanger?

Pussy Riot, Umweltaktivisten aus der Region Krasnodar und viele andere mehr. Zusammen mit der Verschärfung eines Gesetzes,

das nun bei wiederholten Gesetzesverletzungen bei Demonstrationen nicht nur hohe Geldstrafen, sondern auch Gefängnisstrafen vorsieht, haben diese Maßnahmen die Protestwellen drastisch gedämpft.

NGOs, die nicht (direkt oder indirekt) aus dem Staatsbudget finanziert werden, insbesondere jene, die früher von ausländischen Stiftungen unterstützt wurden, erleben jetzt schlechte Zeiten. Dazu gehören viele Menschenrechts- und Umweltorganisationen, deren Tätigkeit als »politisch« gedeutet werden kann. Sie sind gezwungen, sich als »ausländische Agenten« eintragen zu lassen. Nach einer Gesetzesänderung hat das Justizministerium das Recht erhalten, nach eigenem Ermessen diese Vereine als »Agenten« abzustempeln, Klagen werden so praktisch unmöglich gemacht. Das Menschenrechtszentrum »Memorial« war unter den ersten Opfern.

Die Kirche wird zunehmend zu einem wichtigen politischen Akteur. Sie legitimiert die Handlungen der Regierung und des Präsidenten bei deren Unterstützung der sogenannten »Russischen Welt« (den

orthodoxen Russen im Ausland) und formuliert die wichtigsten Werte der konservativen Wende, deren Basis die Traditionen der »Orthodoxie, Selbstherrschaft und Volkstümlichkeit« darstellen. Russland wird als Träger der geistigen Werte eines »dritten Roms« betrachtet und hat die Mission, diese Werte zu hüten und zu verbreiten. Die Kirche befürwortet die Verfolgung von LGBT-Gruppen, Feministinnen und Künstlern. In der Kirchenführung sind durchaus unterschiedliche (auch relativ liberale) Positionen vertreten, aber die Ultra-Orthodoxen sind besonders aktiv. Ihnen stehen die Kosaken-Gruppen und einige Vereinigungen wie die »Orthodoxe Inquisition« oder die »Orthodoxen Ikonenträger« nahe, die diverse Provokationen gegen Künstler und Liberale veranstalten und sich an »antiliberalen Gottesdiensten« im Freien beteiligen. Außerdem arbeiten inzwischen viele Geistliche als Berater in den Ausschüssen des Parlaments.

Die Gesellschaft leistet keinen Widerstand. Nach letzten Umfragen unterstützen 86 % der Russen Putin und sind bereit, ihm politische Fehlentwicklungen und auch Lügen zu verzeihen. Wie lange wird dieser Zustand anhalten? Die Spaltung der Gesellschaft in kritische gebildete Großstädter einerseits, die bereit waren, auf die Straße zu gehen, um das Wahlrecht zu verteidigen und Putins Rücktritt zu fordern, und rückständige Provinzler andererseits, die Putin unterstützen, hat sich nach der Annexion der Krim verändert. Nur noch eine kleine Minderheit ist jetzt bereit, eine regimekritische Meinung offen zu vertreten oder die eigenen Rechte zu verteidigen. Einige aber sind nach wie vor entschlossen, nicht aufzugeben, ganz gleich, ob es um Wahlen oder den Schutz einer Grünanlage geht, auch wenn ihnen Repressalien drohen.



Galina Michaleva

ist Geschäftsführerin des Politischen Komitees, Demokratische Partei »YABLOKO«.

g_mihaleva@mail.ru